Über die Rechtsaufsichtsbehörde und das Regierungspräsidium an das Sächsische Staatsministerium der Finanzen Ort, den Carolaplatz 1 Fernsprecher Aktenzeichen 01097 Dresden ☐ Zutreffendes bitte ankreuzen Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Nr. 1 FAG zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Nr. 1 FAG zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Nr. 2 FAG I. Antragsteller Name, Bezeichnung Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis) Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher) Gemeindeschlüssel: 14 Einwohnerzahl gemäß § 31 FAG Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut) II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der **Antrag bezieht** Aufgestellt auf Grund ☐ des Haushaltsplanes des Nachtragshaushaltsplanes \_\_\_\_\_ der Jahresrechnung \_\_\_\_\_

## a) Allgemeine Kennziffern

	TDM	DM/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- u.Beteiligungsgesellschaften 1		***
	TDM	DM/Einwohner
4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag		
b) 31. Dezember des Jahres, in dem der Fehlbetrag entstanden ist (ohne Kassenkredite)		
Kassenkredite zum c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag
 1. Grundsteuer A in v. H.
 2. Grundsteuer B in v. H.

### c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

3. Gewerbesteuer in v. H.

	Gruppierungs-Nr. laut Gruppierungsplan	TDM	DM/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001, 002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte, u. ä.	10–15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzzuweisungen	041		
Kreisumlage <sup>2</sup>	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299./.899		

2 nur Landratsämter

Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf

DM/Einwohner

\_\_\_\_ DM

TDM

Gruppierungs-Nr.

	laut Gruppierungsplan		
4. kalkulatorische Abschreibungen	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970 – 977 990		
d) – Stand der allgemeinen Rücklage per 1.1. des laufe	nden Jahres		DM
<ul> <li>Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 GemHVO</li> </ul>			DM
III. Kosten eines Gutachtens			
a) Kosten des Gutachtens			DM
b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin	ı	/	
IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhn	lichen Belastung:		DM
V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskor	nsolidierungskonzept ge	mäß Anlage:	
V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskor  1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in			DM
_	Höhe von:		DM DM
Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in	Höhe von:		
<ol> <li>Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in</li> <li>Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in H</li> </ol>	Höhe von:		DM
<ol> <li>Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in</li> <li>Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in H</li> </ol>	Höhe von:		DM
<ol> <li>Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in 2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in H</li> <li>VI. Höhe der beantragten Zuweisung:</li> </ol>	Höhe von:		DM DM der Antragstellung

3. In Anspruch genommene Fördermittel

VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes
(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- un Investitionsplanung)
IX. Begründung des Antrages einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder de außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von 3 Jahren)
X. Sonstige Erläuterungen
XI. Erklärung des Antragstellers
Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

	GrNr.	Jahresrech-	HH-Plan/	HH-Plan	Mittelfristige Finanzplanung					
Antrag der Gemeinde		nung	Jahres-		vor	nach	vor	nach	vor	nach
Antrag des Landkreises		vorvergange-	rechnung	Ausgleichs-			Konsoli	Lidierung		
rindag des Edildkielses		nes Jahr	vergangenes Jahr	jahr	1 Fol	lgejahr		gejahr	3. Fol	geiahr
		TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
Steuern	00-03	15111	151,1	15141	15111	15111	1511	1511	15111	15111
Schlüsselzuweisungen	41									
sonst. allg. Zuweisungen, Allg. Umlagen	05-07									
Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	10–15									
Erstattungen	16									
Zuweisg. und Zusch. für lfd. Zwecke	17									
sonst. Finanzeinnahmen	20–27									
Zuführg. vom VMH	28									
Summe E VWH	299									
Zuführung vom VWH	30									
Einnahmen aus Rücklagen	31									
Beteiligung von Sachen des Anlageverm.	32–34									
Beiträge	35									
Zuweisg. und Zusch. für Investitionen	36									
E aus Krediten	37									
Summe E VMH	398									
Gesamteinnahmen	0-3									
Personalausgaben	4									
sächl.Verw und Betriebsaufwand	5/6									
Zuweisg. und Zuschüsse gesamt	7									
sonst. Finanzausgaben	80–85									
Zuführung zum VMH	86									
Summe A VWH	899									
Zuführung zum VWH	90									
Zuführung aus Rücklagen	91									
Gewährung von Darlehen	92									
Vermögenserwerb	93									
Baumaßnahmen	94–96									
Tilgung von Krediten	97									
Zuweisg. und Zuschüsse für Investitionen	98									
Deckung von Fehlbeträgen	992									
Summe A VMH	998									
Gesamtausgaben	4_9									
Fehlbetrag	(0-3)-(4-9)									

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den Fernsprecher Aktenzeichen

# Antrag auf Gewährung einer einmaligen Bedarfszuweisung zur Förderung eines sozialverträglichen Personalabbaus gemäß § 22 Nr. 3 FAG

## I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 31 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitza	ahl, Kreditinstitut)
II. Maßnahme (möglichst kurze, abe	er eindeutige Beschreibung der Maßnahme; ggf. auf einem gesonderten Blatt)
III. Gesamtkosten	
DM	Gesamtkosten laut Anlage 4, Seite 3 der VwV Bedarfszuweisungen
DM	davon förderfähig nach tarifrechtlichen Regelungen

### IV. Zu den förderfähigen Gesamtkosten wird folgende einmalige Bedarfszuweisung beantragt:

DM	(65 v. H. der förderfähigen Gesamtkosten)

#### V. Finanzierung der Maßnahme

Zuwendung laut Nummer 4		OM
Beiträge Dritter	Г	OM
Eigenmittel (Nachweis durch Haushaltsplan des vergangenen Haushaltsjahres bzw. Nachtragshaushalt)	I	OM

#### VI. Begründung des Antrages

- a) Nachweis des Personalabbaus (Personalstrukturplan des Ausgleichsjahres und des folgenden Jahres)
- b) Erläuterungen

#### VII. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen und ggf. weiterer Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Das unter Zahlung der geförderten Abfindung ausscheidende Personal wird nicht innerhalb von sechs Monaten wieder eingestellt bzw. nicht in kommunalen Unternehmen nach §§ 95 bis 97 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 21. April 1993 (SächsGVBl. S. 301, ber. S. 445), in der jeweils geltenden Fassung, oder in kommunalen Zweckverbänden nach §§ 44 bis 57 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, ber. S. 1103), in der jeweils geltenden Fassung, weiterbeschäftigt.

#### Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zum sozialverträglichen Personalabbau

lfd. Nr.	Datum des Auflösungsvertrages (A*) bzw. der betriebsbedingten Kündigung (B*)	Geburts- jahr	Ver- gütungs- gruppe	Anzahl der Beschäfti- gungsjahre	Angabe der Beschäftigung Vollzeit (VZ*) und Teilzeit (TZ*) mit Angabe der Teilzeit	Die der Abfindungszahlung zugrundeliegende Monatsvergütung nach dem geltenden Sozialtarifvertrag	Tatsächlich gezahlte Abfindung	Förderfähige Abfindungs- zahlung nach dem geltenden Sozialtarif- vertrag	Höhe der beantragten Zuweisungen	Prüfungsvermerke der Bewilligungs- behörde
	vom   zum   A/B					DM	DM	DM	DM	
Zwiscl	hensumme oder Endsumme	(nicht Zutre	effendes bitte s	treichen)						•

<sup>\*)</sup> Die Art der Beendigung des Arbeitsverhältnisses und die Beschäftigung (Voll- oder Teilzeit) ist durch die jeweiligen Buchstaben zu kennzeichnen, bei Teilzeit ist die Dauer mit anzugeben

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den Fernsprecher Aktenzeichen

# Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung zur Unterstützung von Fortbildungsmaßnahmen gemäß § 22 Nr. 6 FAG

# I. Antragsteller

Name, Bezeichnung						
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)						
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)						
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitza	ahl, Kreditinstitut)					
II. Fortbildungsveranstaltung ( – siehe Anlage 5, Seite 2 VwV Bed		nterlagen, die dem Antrag beigefügt sind				
Ort der Veranstaltung						
Dauer der Fortbildungsveranstaltung vom	bis zum	Tage insgesamt				

### III. Teilnehmer

Teilnehmer, für die ein Zuschuss beantragt wird (listenmäßige Aufführung der Teilnehmer als Anlage)  IV. Höhe des Fortbildungskostenzuschusses (bitte Belege beifügen)	
mit insgesamt	DM
☐ beantragter Fortbildungskostenzuschuss	DM
Ort, Datum, Siegel, Unterschrift	
Alle für die Bewilligung maßgeblichen Unterlagen dem Antr	rag bitte in Kopie beifügen:
- Fortbildungsprogramm (Themen, Namen und Herkunft der Dozenten)	
- Teilnehmerliste (mit Namen und Funktion der Teilnehmer und Bezeichnung der jeweils belegten Veranstaltung sowie	
der in der Vergangenheit bereits belegten Fortbildungsveranstaltungen)	
Unterrichts- und Veranstaltungsplan	
Hinw	veis

Auf Anfrage erteilt das zuständige Regierungspräsidium vor Durchführung der Veranstaltung eine Auskunft über die Förderfähigkeit der Fortbildungsveranstaltung, wenn die zur Beurteilung

erforderlichen Unterlagen vorgelegt werden.